



Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 119. Jahrgang, Nr. 252

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-adresse / flvobla@flvobla.LOL.li · Internet-Adresse: http://www.lol.li/Volksblatt

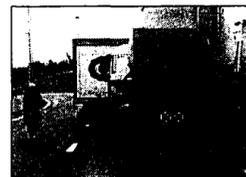


JUGEND-EXTRA

Eine Luftveränderung

Zwei junge Frauen berichten über ihre Erfahrungen mit dem Projekt «Lehrlingsaustausch».

Seite 10



AUSLAND

Stärker unter Druck

Am zweiten Tag des Lkw-Fahrerstreiks ist Frankreich immer stärker unter Druck der Nachbarn geraten.

Seite 15

TAGESSCHAU

Wettbewerb und Vernunft

In mehr Wettbewerb und der Belohnung vernünftigen Verhaltens sieht die Regierung die Zukunft der geplanten Reform des Gesundheitswesens. «Liechtenstein gibt pro Kopf für das Gesundheitswesen mehr aus als andere Länder», erklärte Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter. So erstklassig die Gesundheitsversorgung sei, so niedrig seien die Krankenkassenprämien. Anreiz für kostenbewusstes Verhalten sei da weder für die Versicherten, noch die Krankenkassen oder die Ärzte gegeben. Das kostensenkende Mittel des Wettbewerbs fehle überhaupt.

Seite 3

SMAT macht Jugendlichen Spass!

Wer hört als Jugendlicher schon gerne auf die klugen Ratschläge von Eltern und LehrerInnen? Wenn aber Gleichaltrige Informationen weitergeben, dann dürfen sie auf eine aufmerksame Zuhörerschaft zählen. Auf diese Erfahrungen baut auch das System der «Schüler Multiplikatoren Alkohol und Tabak (SMAT)»-Lager auf. In der Woche nach den Herbstferien bildeten sich 20 Mädchen und Buben aus unserem Land auf den Gebiet der Suchtprävention weiter.

Seite 4

Losgelassene Individualisten

«Seit 20 Jahren gehört das Vienna Art Orchestra zu den weltweit innovativsten Big Bands, die unter der Leitung des Schweizer Gründers Mathias Rüegg das Jubiläum mit einer Tournee feiert, bei der die immense künstlerische Bandbreite und virtuose Spiellust demonstriert wird».

Seite 7

EWU muss sich erst bewähren

Die geplante Europäische Währungsunion (EWU) muss sich aus der Sicht von Nationalbankpräsident Hans Meyer erst bewähren, bevor die Schweiz im Währungsbe- reich institutionelle Verbindungen eingehen könnte. Kritisch sei weniger der auf Anfang 1999 geplante Start der EWU, als ihr erstes Jahrzehnt.

Seite 9

KSC und Inter weiter - Rapid eliminierte 1860



Die Favoriten setzten sich in den Rückspielen der 2. Runde im UEFA-Cup mehrheitlich durch und qualifizierten sich für die Achtelfinals. Croatia Zagreb bügelte mit dem 2:0 das 0:1 beim MTK Budapest aus. Lazio Rom setzte sich gegen Rotor Wolgograd nach dem 0:0 im Hinspiel klar mit 3:0 durch, und Aston Villa (2:1 über Bilbao) nutzte ebenfalls seinen Heimvorteil. Ein Freistosstor von Hässler (im Bild) genügte Karlsruhe zum 1:1-Heimremis gegen Metz. 1860 München vermochte hingegen die Hypothek des 0:3 bei Rapid Wien nicht mehr aufzuholen. Der 2:1 genügte den Deutschen nicht. Inter Mailand siegte in Lyon mit 3:1 und machte das 1:2 aus dem Hinspiel wett.

Seite 13

Endgültiger Schlusspunkt unter Rheinkraftwerke

Die Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) erhalten 1 Million vom Staat

Dass die geplanten Rheinkraftwerke entlang der schweizerisch-liechtensteinischen Grenze nicht gebaut werden, ist seit rund zwei Jahren bekannt. Mit der hälftigen Abgeltung der Kosten für den Umweltverträglichkeitsbericht des Staates an die LKW wird nun ein endgültiger Schlussstrich unter das nicht verwirklichte Projekt gezogen.

Für die Erstellung des umfangreichen Umweltverträglichkeitsberichtes sind nach Angaben des Studienkonsortiums Rheinkraftwerke,

das sich aus den Liechtensteinischen Kraftwerken, den Nordostschweizerischen Kraftwerken und der Firma Motor-Columbus zusammensetzte, Kosten von 8,8 Mio. Fr. (einschliesslich der Zinsen) angefallen. Im Jahre 1987 sicherte die Regierung den Liechtensteinischen Kraftwerke zu, die Hälfte der von den LKW zu tragenden Kosten für die Erstellung des verlangten Umweltverträglichkeitsberichtes zu übernehmen, falls das Projekt nicht realisiert werden könne. «Nachdem die Beurteilung des Projektes im Umweltverträglichkeitsbericht der liechtensteinischen und der schweizerischen Ämter und Fachstellen

vor allem aus ökologischer Sicht überwiegend negativ ausgefallen ist», erklärte Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter am gestrigen Pressegespräch, «sind die Liechtensteinischen Kraftwerke mit dem Antrag an die Regierung gelangt, die Kosten gemäss Regierungsbeschluss erstattet zu erhalten.» Unter Weglassung der aufgelaufenen Zinsen errechnete die Regierung einen Betrag von 1,065 Mio. Fr. zur Kostenrückerstattung, worüber der Landtag zu entscheiden hat. Die seinerzeitige Zusicherung, dass der Staat die Hälfte der Kosten für den Umweltverträglichkeitsbericht übernehmen werde, erachtet Regie-

rungschef-Stellvertreter Michael Ritter als gerechtfertigt. Liechtenstein habe ein volkswirtschaftliches Interesse an den Rheinkraftwerken gehabt, die auch energiepolitisch von grosser Bedeutung gewesen wären. Die von der Internationalen Regierungskommission Alpenrhein in die Diskussion gebrachte «energetische Nutzung des Rheins» bedeutet nach Angaben des Regierungschef-Stellvertreters keine Neuaufgabe des Projekts Rheinkraftwerke. Vielmehr gehe es um Möglichkeiten der Wassernutzung im Rahmen des geplanten Revitalisierungsprogramms für den Rhein.

Günther Meier



FÖHNEINBRUCH

Aussicht in Grau

Das sonnige Wetter geniessen und von oben auf eine dicke, graue Nebelschicht blicken - das konnten in den vergangenen Tagen all diejenigen, die in Malbun und Triesenberg verweilten. Im Tal musste man sich leider mit dem Anblick von Grau in Grau zufriedengeben und sich gegen die beissende Kälte wappnen. Doch es gibt Hoffnung für alle Sonnenhungrigen. Für die kommenden Tage scheint gemäss Wetterprognosen nicht nur in höheren Lagen, sondern auch im Tal die Sonne. Für diese Aufhellungen sorgt - wenn auch nur kurz - ein Föhnwindbruch entlang dem Alpennordrand, bevor dann gegen Freitag eine Regenfront in unsere Region einzieht.

Ausschuss eingesetzt

Zins- und Gebührenkomitee formell eingesetzt

BASEL: Das Verfahren zur Erledigung der Ansprüche auf nachrichtlose Konten bei den Schweizer Banken ist einen weiteren Schritt vorangekommen.

Das dreiköpfige Überwachungsgremium des Prozesses gab am Dienstag die formelle Einsetzung des Zins- und Gebührenausschusses bekannt, der Empfehlungen für die Zinsgutschriften und die Gebührenbelastung auf den seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nachrichtlosen Guthaben machen soll. Der Ausschuss wird, wie bereits früher angekündigt, vom amerikanischen Zinspezialisten Henry Kaufman geleitet.

Daneben gehören ihm der emeritierte Berner Professor für Steuer- und Handelsrecht, Walter Ryser, sowie der Ökonomieprofessor Elhanan Helpman an, der an der Harvard-Universität lehrt und

früher in Tel Aviv tätig gewesen ist. Das Überwachungsgremium bestätigte ferner die Wahl des Zürcher Juristen und Universitätsprofessors Hans Michael Riemer zum Präsidenten des Schiedsgerichts, das die Ansprüche erledigen soll. Weitere Mitglieder des Schiedsgerichts würden demnächst ernannt. Eine Anwaltskanzlei wurde als interimistisches Sekretariat des Schiedsgerichts eingesetzt, damit die Erledigung der mehreren tausend Ansprüche auf die nachrichtlosen Konten möglichst bald beginnen kann.

Das Überwachungskomitee, das sogenannte Board of Trustees, setzt sich aus dem früheren US-Notenbankpräsidenten Paul Volcker, dem Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, Israel Singer, und dem Baselbieter Rechtsprofessor und Ständerat Rene Rhinow zusammen.

Verhandlungen

Gespräch zwischen Leuenberger und Kinnock

BERN: Nach dem Ping-Pong zwischen Brüssel und Bern um die jüngste Schweizer Offerte in den Verkehrsverhandlungen hat am Dienstag ein weiterer direkter Kontakt zwischen Bundesrat Leuenberger und EU-Verkehrskommissar Kinnock stattgefunden.

Nach Angaben des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED) fand das Telefongespräch zwischen Moritz Leuenberger und Neil Kinnock am Dienstag nachmittag statt und dauerte 45 Minuten. Zuvor hatten sich beide Seiten auf die Position festgelegt, dass der Ball bei den Verkehrsverhandlungen auf der anderen Seite liege. Der Schweizer Unterhändler Max Friedli hatte in einem am Sonntag veröffentlichten Interview gesagt, das Schweizer Angebot werde vor der Schlussrunde in Brüssel nicht mehr korrigiert. Die

EU hatte vergangene Woche verlauten lassen, die Offerte einer Transitgebühr von 410 Franken pro Fahrt sei ungenügend.

Nicht festfahren lassen

Der direkte Kontakt zwischen Leuenberger und Kinnock dürfte im Bemühen erfolgt sein, die Fronten nicht völlig festfahren zu lassen. Mit den bilateralen Verhandlungen wollten sich heute die Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel noch einmal befassen. Vor allem Italien und Griechenland drängen auf weitere Zugeständnisse der Schweiz.

Die Schweiz und die luxemburgische EU-Präsidentschaft hatten sich nach dem jüngsten Angebot der Schweiz vom vergangenen 10. Oktober zuversichtlich gezeigt, dass die bilateralen Verhandlungen bis Ende Jahr abgeschlossen werden könnten.